

H2 Core Systems GmbH  
Heide

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

Bestätigungsvermerk des unabhängigen  
Abschlussprüfers



H2 Core Systems GmbH  
Heide

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

Bestätigungsvermerk des unabhängigen  
Abschlussprüfers



## Inhalt

	Anlagen
Bilanz zum 31. Dezember 2023	1
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023	2
Anhang für das Geschäftsjahr 2023	3
Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2023	4
Eigenkapitalveränderungsrechnung für das Geschäftsjahr 2023	5
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	6
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024	7

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- 1 Einheit (EUR, % usw.) auftreten.

Bilanz zum 31.12.2023

**H2 Core Systems GmbH Herstellung und Vertrieb von Anlagen, Heide**

## AKTIVA

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	31.293,00		31.653,00
II. Sachanlagen	<u>590.111,92</u>		<u>298.782,00</u>
		621.404,92	330.435,00
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Vorräte	18.108.402,59		8.530.273,74
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	754.134,27		641.411,91
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	<u>25.693,21</u>		<u>2.852,05</u>
		18.888.230,07	9.174.537,70
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		36.647,41	23.852,13
		<u><b>19.546.282,40</b></u>	<u><b>9.528.824,83</b></u>

Bilanz zum 31.12.2023

H2 Core Systems GmbH Herstellung und Vertrieb von Anlagen, Heide

## PASSIVA

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Gezeichnetes Kapital		40.788,00	35.714,00
II. Kapitalrücklage		5.583.454,35	1.036.775,00
III. Gewinnvortrag		60.920,10	6.572,31
IV. Jahresüberschuss		126.258,46	54.347,79
Summe Eigenkapital		5.811.420,91	1.133.409,10
<b>B. Rückstellungen</b>		149.050,70	52.217,46
<b>C. Verbindlichkeiten</b>		13.576.379,69	8.338.485,77
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 13.576.379,69 (EUR 7.938.485,77)			
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0,00 (EUR 400.000,00)			
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		2.537,50	4.712,50
<b>E. Passive latente Steuern</b>		6.893,60	0,00
		<b>19.546.282,40</b>	<b>9.528.824,83</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01.2023 bis 31.12.2023

**H2 Core Systems GmbH Herstellung und Vertrieb von Anlagen, Heide**

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Rohergebnis		3.182.958,64	1.682.116,28
2. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	1.275.547,50		728.944,34
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	288.455,40		150.412,81
- davon für Altersversorgung EUR 590,40 (EUR 80,00)			
		<hr/> 1.564.002,90	<hr/> 879.357,15
3. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		42.319,01	46.414,09
4. sonstige betriebliche Aufwendungen		1.247.359,04	649.426,20
- davon Aufwendungen aus der Währungsumrechnung EUR 87,74 (EUR 832,29)			
5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		152.036,11	33.680,63
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		50.811,12	18.890,42
- davon Aufwendungen aus der Zuführung und Auflösung von latenten Steuern EUR 6.893,60 (EUR 0,00)			
<b>7. Ergebnis nach Steuern</b>		<hr/> <b>126.430,46</b>	<hr/> <b>54.347,79</b>
8. sonstige Steuern		172,00	0,00
<b>9. Jahresüberschuss</b>		<hr/> <b>126.258,46</b>	<hr/> <b>54.347,79</b>



H2 Core Systems GmbH, 25746 Heide

---

## Anhang

### Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften der §§ 242 ff. und §§ 264 HGB sowie nach den einschlägigen Vorschriften des GmbHG unter Beachtung der ergänzenden Bestimmungen für kleine Kapitalgesellschaften aufgestellt.

### Angaben zur Identifikation der Gesellschaft laut Registergericht

Firmenname laut Registergericht: H2 Core Systems GmbH

Firmensitz laut Registergericht: Heide

Registereintrag: Handelsregister

Registergericht: Pinneberg

Register-Nr.: HRB 15393 PI

H2 Core Systems GmbH, 25746 Heide

---

## **Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

### **Gegenüber dem Vorjahr abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmethode**

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze wurden unverändert angewandt.

#### **Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze**

Erworbene immaterielle Anlagewerte wurden zu Anschaffungskosten angesetzt und, sofern sie der Abnutzung unterlagen, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Die Abschreibungen erfolgten linear über eine Nutzungsdauer von überwiegend zehn Jahren.

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

In die Herstellungskosten wurden neben den unmittelbar zurechenbaren Kosten auch notwendige Gemeinkosten und durch die Fertigung veranlasste Abschreibungen einbezogen.

Der Übergang von der degressiven zur linearen Abschreibung erfolgt in den Fällen, in denen dies zu einer höheren Jahresabschreibung führt.

Die Vorräte wurden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt. Sofern die Tageswerte am Bilanzstichtag niedriger waren, wurden diese angesetzt.

Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände und Flüssige Mittel wurden zum Nominalwert bewertet. Erkennbare Ausfallrisiken wurden durch Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Darüber hinaus wurde ein Pauschalwertberichtigung gebildet.

Auf fremde Währung lautende Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände wurden gemäß § 256a HGB zum Devisenmittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

In dem Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite werden ausschließlich Zahlungen im Geschäftsjahr ausgewiesen, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

Die Steuerrückstellungen beinhalten die das Geschäftsjahr betreffenden, noch nicht veranlagten Steuern.

Die sonstigen Rückstellungen wurden für alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.

Verbindlichkeiten wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

In dem Rechnungsabgrenzungsposten auf der Passivseite werden ausschließlich Zahlungen im Geschäftsjahr ausgewiesen, die Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

H2 Core Systems GmbH, 25746 Heide

---

## **Angaben zur Bilanz**

### **Anlagenspiegel für die einzelnen Posten des Anlagevermögens**

Die Entwicklung und die Aufteilung der einzelnen Posten des Anlagevermögens sind in dem beigefügten Anlagenspiegel dargestellt.

### **Sonstige Verbindlichkeiten**

Hier sind TEUR 720 Verbindlichkeiten gegenüber einem Gesellschafter ausgewiesen.

### **Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

### **Latente Steuern**

Latente Steuern werden insbesondere für zeitliche Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansatzsätzen von selbst geschaffenen immateriellen Vermögensgegenständen, Sachanlagen, Vorräten, Pensionsrückstellungen und sonstigen Rückstellungen ermittelt. Zusätzlich zu den zeitlichen Bilanzierungsunterschieden werden steuerliche Verlustvorträge berücksichtigt. Die Bewertung der temporären Differenzen und der innerhalb der nächsten fünf Jahre verrechenbaren steuerlichen Verlustvorträge erfolgt mit dem für das folgende Geschäftsjahr geltenden Steuersatz für Gewerbesteuer und Körperschaftsteuer in Höhe von insgesamt 29,125 %. Eine sich insgesamt ergebende Steuerbelastung würde in der Bilanz als passive latente Steuer angesetzt werden. In 2023 ergab sich im Rahmen der Gesamtdifferenzermittlung ein Überhang an passiven latenten Steuern.

H2 Core Systems GmbH, 25746 Heide

---

## **Sonstige Angaben**

### **Haftungsverhältnisse**

Es bestehen keine Haftungsverhältnisse.

### **Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahrs beschäftigten Arbeitnehmer**

Die durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres im Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmer betrug 25,00.

### **Name der Geschäftsführung**

Ulf T. Jörgensen, Geschäftsführender Gesellschafter, Heide

Der Geschäftsführer ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

### **Unterschrift der Geschäftsführung**

Heide, 18.04.2024

---

Ort, Datum

Unterschrift

# Anlagenspiegel zum 31.12.2023

## H2 Core Systems GmbH, Heide

	Anschaffungs-, Herstellungs- kosten 01.01.2023 EUR	Zugänge Abgänge- 2023 EUR	Anschaffungs-, Herstellungs- kosten 31.12.2023 EUR	kumulierte Abschreibungen 01.01.2023 EUR	Abschreibungen Zuschreibungen- 2023 EUR	kumulierte Abschreibungen 31.12.2023 EUR	Buchwert 31.12.2023 EUR	Buchwert 31.12.2022 EUR
--	--	------------------------------------	--	---	--	---	-------------------------------	-------------------------------

### A. Anlagevermögen

#### I. Immaterielle Vermögensgegenstände

1. In der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögensgegenstände	27.673,02	5.700,00	33.373,02	3.015,02	3.437,00	6.452,02	26.921,00	24.658,00
2. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	7.870,00	0,00	7.870,00	875,00	2.623,00	3.498,00	4.372,00	6.995,00
<b>Summe Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>35.543,02</b>	<b>5.700,00</b>	<b>41.243,02</b>	<b>3.890,02</b>	<b>6.060,00</b>	<b>9.950,02</b>	<b>31.293,00</b>	<b>31.653,00</b>

#### II. Sachanlagen

1. technische Anlagen und Maschinen	281.394,17	185.498,79	466.892,96	16.388,17	25.273,79	41.661,96	425.231,00	265.006,00
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	62.825,91	88.938,22	151.764,13	29.049,91	10.985,22	40.035,13	111.729,00	33.776,00
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	53.151,92	53.151,92	0,00	0,00	0,00	53.151,92	0,00
<b>Summe Sachanlagen</b>	<b>344.220,08</b>	<b>327.588,93</b>	<b>671.809,01</b>	<b>45.438,08</b>	<b>36.259,01</b>	<b>81.697,09</b>	<b>590.111,92</b>	<b>298.782,00</b>
<b>Summe Anlagevermögen</b>	<b>379.763,10</b>	<b>333.288,93</b>	<b>713.052,03</b>	<b>49.328,10</b>	<b>42.319,01</b>	<b>91.647,11</b>	<b>621.404,92</b>	<b>330.435,00</b>

Kapitalflussrechnung (indirekt) vom 01.01.2023 bis 31.12.2023

**H2 Core Systems GmbH, Heide**

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Periodenergebnis	126.258,46	54.347,79
+ Abschreibung auf Gegenstände des Anlagevermögens	42.319,01	46.414,09
+ Zunahme der Rückstellungen	96.833,24	46.861,64
- sonstige zahlungsunwirksame Erträge		
- Zunahme der Vorräte	-9.578.128,85	-5.296.354,96
- Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-330.313,67	-355.414,96
+ Abnahme (Vj.: - Zunahme) anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	204.796,03	-232.719,78
+ Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.905.352,91	3.146.162,64
- Abnahme (Vj.: + Zunahme) anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-1.117.396,66	1.121.033,73
+ Zinsaufwendungen	152.036,11	33.597,63
+ Ertragsteueraufwand	50.811,12	18.890,42
- Ertragsteuerzahlungen	-22.298,20	-29.122,87
<b>Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit</b>	<b>-5.469.730,50</b>	<b>-1.446.304,63</b>
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-5.700,00	-22.166,02
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-327.588,92	-174.186,07
<b>Cashflow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-333.288,92</b>	<b>-196.352,09</b>
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	4.551.753,35	1.047.489,00
+ Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten von Gesellschaftern	0,00	0,00
- Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-) Krediten von Gesellschaftern	0,00	-75.000,00
+ Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	600.000,00	400.000,00
+ Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen / Zuwendungen	200.137,89	17.826,86
- gezahlte Zinsen	-152.036,11	-33.597,63
<b>Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>5.199.855,13</b>	<b>1.356.718,23</b>
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe der Cashflows)	-603.164,29	-285.938,49
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	-829.141,39	-543.202,90
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>-1.432.305,68</b>	<b>-829.141,39</b>
davon Zahlungsmittel und Zahlungsäquivalente:	25.693,21	2.852,05
davon Kontokorrentkredite (Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten):	-807.998,89	-831.993,44
davon weitere kurzfristige Kreditaufnahmen:	-650.000,00	0,00

## H2 Core Systems GmbH, Heide

Eigenkapitalspiegel für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31.12.2023

	Gezeichnetes Kapital	Eigene Anteile	Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen EUR	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Gewinnvortrag	Jahresüberschuss	Eigenkapital Summe
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Stand am 01.01.2022	25.000,00					6.572,31		31.572,31
Kapitalerhöhung								
Ausgabe von Anteilen	10.714,00							10.714,00
gemäß Einbringungsvereinbarung vom 19.12.2022				75.000,00				75.000,00
gemäß Einbringungsvereinbarung vom 27.12.2022				961.775,00				961.775,00
Jahresüberschuss							54.347,79	54.347,79
<b>Stand am 31.12.2022</b>	<b>35.714,00</b>			<b>1.036.775,00</b>		<b>6.572,31</b>	<b>54.347,79</b>	<b>1.133.409,10</b>
Stand am 01.01.2023	35.714,00			1.036.775,00		60.920,10		1.133.409,10
Kapitalerhöhung								
Ausgabe von Anteilen	5.074,00							5.074,00
gemäß Einbringungsvereinbarung vom 28.12.2023				4.546.679,35				4.546.679,35
Jahresüberschuss							126.258,46	126.258,46
<b>Stand am 31.12.2023</b>	<b>40.788,00</b>			<b>5.583.454,35</b>		<b>60.920,10</b>	<b>126.258,46</b>	<b>5.811.420,91</b>

## BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die H2 Core Systems GmbH, Heide

### *Eingeschränktes Prüfungsurteil*

Wir haben den Jahresabschluss der H2 Core Systems GmbH – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023, der Kapitalflussrechnung, dem Eigenkapitalpiegel sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss mit Ausnahme der Auswirkungen des im Abschnitt „Grundlage für das eingeschränkte Prüfungsurteil“ beschriebenen Sachverhalts in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung mit Ausnahme der genannten Einschränkung des Prüfungsurteils zum Jahresabschluss zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

### *Grundlage für das eingeschränkte Prüfungsurteil*

Das Vorhandensein der zum 31. Dezember 2023 ausgewiesenen Vorräte in Höhe von TEUR 18.108,4 ist nicht hinreichend nachgewiesen, da wir nicht an der Inventur im Geschäftsjahr beobachtend teilnehmen und durch alternative Prüfungshandlungen keine hinreichende Sicherheit über den Bestand der Vorräte zum 31. Dezember 2023 gewinnen konnten. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass das Vorhandensein und der Ausweis der Vorräte zum 31. Dezember 2023 insoweit fehlerhaft sind. Hieraus könnten sich auch Auswirkungen auf das Jahresergebnis und auf das Eigenkapital ergeben. Dies betrifft auch die Eröffnungsbilanzwerte (TEUR 8.530,3). Darüber hinaus können wir nicht ausschließen, dass Änderungen insbesondere am Ausweis der Vorräte hinsichtlich der Zuordnung von fertigen Erzeugnissen und Waren bzw. von unfertigen Erzeugnissen und unfertigen Leistungen hätten vorgenommen werden müssen.

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss zu dienen.



### *Verantwortung des gesetzlichen Vertreters für den Jahresabschluss*

Der gesetzliche Vertreter ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der gesetzliche Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

### *Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses*

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von dem gesetzlichen Vertreter dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Frankfurt am Main, den 18. April 2024

Nexia GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft



M. Jüngling  
Wirtschaftsprüfer



Dr. H.J. Schirduan  
Wirtschaftsprüfer

# Allgemeine Auftragsbedingungen

## für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

### 1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

### 2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

### 3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

### 4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

### 5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind

unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

### 6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

### 7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

### 8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

### 9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

### 10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

### 11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

### 12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

### 13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

### 14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbelegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbelegungsgesetzes teilzunehmen.

### 15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.